

11. Juni 1945. Die a. V. entwickelten sich zu Hauptinstrumenten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zur Durchführung der antifaschistisch-demokratischen Umgestaltung. In ihrer Verantwortung lag die Durchführung der —v demokratischen Bodenreform, die —*• Enteignung der Betriebe der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten, die Durchführung der —> demokratischen Schulreform u. a. revolutionärer Maßnahmen. Sie wirkten dabei eng mit den Organen der —Sowjetischen Militäradministration in Deutschland zusammen. Die revolutionären Umwälzungen schufen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens entscheidende sozialökonomische Grundlagen für die Tätigkeit der a. V. Die a. V. arbeiteten eng mit Vertretern der Parteien, des FDGB, den Betriebsräten, der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe u. a. Massenorganisationen zusammen. Zur Unterstützung ihrer Arbeit bildeten sie für alle gesellschaftlichen Bereiche Ausschüsse und Beiräte. Auf Initiative der SED entstanden in den Monaten Mai bis Juli 1946 bei den Landes- und Provinzialverwaltungen Beratende Versammlungen, die die Aufgabe hatten, den Verwaltungsorganen bei der Beratung wichtiger Gesetze zu helfen. Über die Beratenden Versammlungen wurden die Arbeiterklasse und die werktätigen Bauern stärker in die staatspolitische Tätigkeit einbezogen. In den demokratischen Gemeindevahlen und den Wahlen zu den Kreis- und Landtagen im Herbst 1946 wählte die Bevölkerung demokratische Volksvertretungen, die als staatliche Organe von nun an die Verantwortung für die Durchführung und Kontrolle der staatlichen Aufgaben hatten (-> demokratische Gemeindeordnung). Die

SED ging aus diesen Wahlen als stärkste Partei hervor:

gewählte Gemeindevertreter:	
SED	10088 (76,2%)
CDU	1252 (9,5%)
LDPD	1093 (8,3%)
VdgB	696 (5,2%)
Frauen- ausschüsse	821 (0,6%)
Sonstige	226 (0,2%)

gewählte Kreistagsabgeordnete:	
SED	3124 (51,7%)
CDU	1494 (24,7%)
LDPD	1053 (17,4%)
VdgB	374 (6,2%)

gewählte Landtagsabgeordnete:	
SED	249
CDU	133
LDPD	121
VdgB	15
Kulturbund	1

antifaschistische Jugendausschüsse
- * Arbeiterjugendbewegung

antifaschistischer Schutzwall: seit dem 13. 8. 1961 bestehende gesicherte Grenzanlage an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin. Im Einvernehmen mit den verbündeten sozialistischen Staaten des Warschauer Vertrages (—*■ Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand, 1955) und völlig überraschend für den Imperialismus der BRD, seine Spionagezentralen und die NATO übernahmen die bewaffneten Kräfte der DDR die militärische Sicherung der Staatsgrenze zu Westberlin. Durch die stabile Grenzsicherung wurde der Frieden sicherer. Der Ausplünderung der DDR durch den Imperialismus der BRD, wodurch der sozialistischen Gesellschaft der DDR ungeheurer Scha-